

Grüne wollen sich enthalten

Bundestag stockt Afghanistanmandat am Freitag auf

Berlin/Paderborn (dpa). Bei der Bundestagsabstimmung über das neue Afghanistanmandat der Bundeswehr wollen sich die meisten Grünen-Abgeordneten am Freitag enthalten.

»Dieses Mandat hat ein wenig Licht, aber immer noch eine Menge Schatten«, sagte gestern die Fraktionsvorsitzende Renate Künast. Es gebe keinen Grund den Regierungsmitgliedern einen Vertrauensvorschuss zu geben. »Dazu sind das alles zu knappe Gerüste, die hier aufgebaut worden sind.«

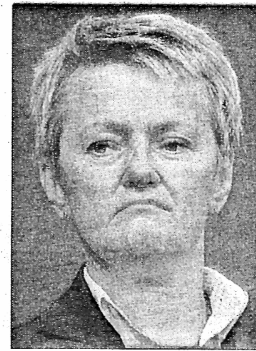
Mit dem neuen Mandat wird die Maximalstärke der deutschen Truppen zunächst von 4500 auf 5350 Soldaten erhöht. Ferner wird die Hilfe für den zivilen Wiederaufbau auf 430 Millionen Euro nahezu verdoppelt.

Die SPD hat sich noch nicht endgültig festgelegt. Die Haltung der Grünen begründete Fraktionsvize Frithjof Schmidt mit einer »Reihe von unklaren Punkten und Widersprüchen« im neuen Mandat. Grundsätzlich sei ein »Stabilisierungseinsatz« aber auch aus Sicht der Grünen weiterhin sinnvoll.

Für die geplante Aufstockung des Polizeikontingents am Hindukusch gibt es nach Auskunft des Bundesinnenministeriums genügend Bewerber. »Wir registrieren überhaupt keine Probleme«, sagte

ein Sprecher in Berlin. Die Zahl der deutschen Polizeiausbilder in Afghanistan soll von derzeit 140 auf 200 erhöht werden.

In Berlin forderten 1500 Demonstranten und in Paderborn 100 Kriegsgegner ein sofortiges Ende des Bundeswehr-Einsatzes. »Raus aus Afghanistan, heute lieber als morgen«, sagte Kirchenkritiker Eugen Drewermann. Außenminister Westerwelle warnte, dann würden dort keine Brunnen mehr gebohrt und kein Mädchen mehr zu Schule gehen.



Renate Künast, Fraktionschefin der Grünen.

Westfälisches Volksblatt, 28.02.10